

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Björn Försterling, Christian Grascha und Susanne Victoria Schütz (FDP)

Situation der in Niedersachsen tätigen Lehrkräfte aus der ehemaligen DDR

Anfrage der Abgeordneten Björn Försterling, Christian Grascha und Susanne Victoria Schütz (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 11.10.2018

In Niedersachsen unterrichtet eine vergleichsweise geringe Anzahl von Lehrkräften, die ihr Studium in der ehemaligen DDR absolviert hat. Diese Lehrkräfte sind an ihren Schulen - vor allem Grundschulen - in gleicher Weise tätig und in den Schulalltag eingebunden wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die ihr Studium in der Bundesrepublik absolviert haben. Dennoch werden sie gemäß dem Greifswalder Beschluss nicht als vollwertige Lehrkräfte anerkannt und erhalten deshalb weniger Lohn. Dies wird von vielen als Ungerechtigkeit empfunden und war auch schon Thema in der Landespolitik, so beispielsweise auf einer Podiumsdiskussion im September 2017 auf der Landesdelegiertenkonferenz der GEW, an der auch Landtagsabgeordnete der heutigen Großen Koalition teilnahmen.

Gegenüber den Betroffenen ist seitens der Landespolitik mehrfach dargelegt worden, dass man die als Ungerechtigkeit wahrgenommenen Umstände erkannt habe und angehen wolle.

1. Wie ist der aktuelle Standpunkt der Landesregierung zu diesem Thema?
2. Beabsichtigt die Landesregierung, das Problem im Laufe der aktuellen Wahlperiode zu lösen? Wenn ja, wann wird die Anpassung der Besoldung vorgenommen?
3. Wie viele Lehrkräfte wären von einer Besoldungserhöhung betroffen, und welche Kosten entstünden dem Landeshaushalt bei der Einführung (bitte auch die Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung abbilden)?